

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

5.3.1932 (No. 55)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 938
und 954
Postfach
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Winterkammern des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Fall die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergrößerung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanleihezeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshilfsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die landwirtschaftliche Einheitssteuer

Bekanntlich soll die Einkommensteuer schon seit längerer Zeit für die Landwirtschaft gänzlich abgeschafft und durch die sog. Einheitssteuer ersetzt werden, die gleichzeitig die bisherige Grundsteuer mit umfassen soll. Zur Vorbereitung hierfür waren bereits in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 und in einer Verordnung vom 8. Mai 1931 nähere Bestimmungen erlassen, die insbesondere die Vorauszahlungen für die Landwirte teils aufhoben, teils erheblich senkten. Nunmehr werden im Reichsministerialblatt 1932 Nr. 5 neue Durchführungsbestimmungen für die Überleitung zur landwirtschaftlichen Einheitssteuer bekanntgegeben, die eine Abgeltung der Einkommensteuer durch bisher geleistete Vorauszahlungen für einen Teil der Landwirtschaft vorsehen, nämlich für diejenigen Steuerpflichtigen, deren gesamtes Einkommen unter 12 000 M und deren Reineinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1930/31 unter 6000 M geblieben sind.

Diese Gruppe von Steuerpflichtigen wird jetzt hinsichtlich ihres landwirtschaftlichen Einkommens nicht mehr beaufschlagt werden, sondern es wird für sie lediglich ein sogenannter Abgeltungsbetrag festgesetzt. Dieser Abgeltungsbetrag beträgt bei Steuerpflichtigen, die neben land- und forstwirtschaftlichen Einkünften keine anderen Reineinkünfte oder Reineinkünfte anderer Art von nicht mehr als 1000 M erzielt haben, drei Viertel des Jahresbetrages der Vorauszahlungen, die nach dem Steuerbescheid 1930 zu entrichten waren; bei Steuerpflichtigen mit Reineinkünften anderer Art als aus Land- und Forstwirtschaft von 1000 M oder mehr drei Viertel der Jahresbetragsauszahlungen, die anteilmäßig auf die Reineinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft entfallen und nach dem Steuerbescheid von 1930 zu entrichten waren.

Die Berechnung des anteilmäßig auf die land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte entfallenden Teiles der Vorauszahlungen erfolgt in dem letzteren Fall nach dem Verhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte zu dem Gesamtbetrag der Reineinkünfte überhaupt. Dabei sind die Reineinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft auf volle 100 M nach oben, der Gesamtbetrag der Reineinkünfte auf volle 100 M nach unten abzurunden.

Beispiel: Ein Steuerpflichtiger ist für 1929/30 beanlagt mit Reineinkünften aus:

Landwirtschaft 1930	abgerundet 2000 M.
Gewerbe	3410
Vermietung	700

6060 — abgerundet 6000 M.

Für die Verhältnisberechnung kommen die Sonderleistungen und sonstigen Abzüge nicht in Betracht. Auf die Reineinkünfte aus Landwirtschaft entfallen mithin 2000 : 6060 = ein Drittel. Der Jahresbetrag der Vorauszahlungen bei dem Pflichtigen betrug 348 M. Hieron ein Drittel = 116 M. Der Abgeltungsbetrag für die Reineinkünfte aus Landwirtschaft 1930/31 beträgt drei Viertel von 116 M = 87 M. Die übrigen Einkünfte werden für 1930/31 beanlagt.

Wenn in dem veranlagten Einkommen 1930 Einkünfte enthalten waren, die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn oder Kapitalertrag unterliegen, so ist der Abgeltungsbetrag auf der Grundlage des ungekürzten Jahresbetrages der Vorauszahlungen zu ermitteln. Die Steuerabzugsbeträge sind also nicht etwa abzuziehen.

Beispiel: Ein Steuerpflichtiger ist für 1930/31 beanlagt mit Reineinkünften aus

Landwirtschaft	4 000 M
nicht selbständiger Arbeit	6 000 M

Sa. 10 000 M.

Auf die Reineinkünfte aus Landwirtschaft entfallen vier Zehntel. Der Steuerpflichtige ist beanlagt zu einer Einkommensteuer von 794 M. Hieraus sind 417,60 M Steuerabzug angerechnet worden. Der Steuerpflichtige hat Vorauszahlungen nach einem Jahresbetrage von 376 M, sondern von dem um die Steuerabzugsbeträge nicht gekürzten Einkommensteuerbetrag von 794 M zu berechnen. Auf die Reineinkünfte aus Landwirtschaft entfallen 317,60 M. Der Abgeltungsbetrag beläuft sich also auf drei Viertel, hiervon = 238,20 M. In diesem Falle bedarf es einer Veranlagung für 1930/31 nicht, weil die Reineinkünfte aus Landwirtschaft abgegolten sind und das übrige Einkommen nur aus steuerabzugspflichtigen Bezügen besteht, die nach § 89 des Einkommensteuergesetzes nicht zu beanlagen sind.

Die Einkommensteuervorauszahlungen eines Steuerpflichtigen sind bisweilen, so z. B. bei Neubegründung der Steuerpflicht, bei Erhöhung oder Ermäßigung der Einkünfte gegenüber dem Vorjahre anders, d. h. abweichend von dem letzten Steuerabschnitt festgesetzt worden. Eine solche anderweitige Festsetzung wird bei der Berechnung des Abgeltungsbetrages aber nur berücksichtigt, wenn der Jahresbetrag der Vorauszahlungen in dem Einkommensteuerbescheid 1930 selbst oder gleichzeitig mit diesem Bescheid, nicht aber nachträglich, abweichend von der Steuerabgabe festgesetzt ist, oder wenn die Fläche des bewirtschafteten Betriebes gegenüber demjenigen im Wirtschaftsjahr 1929/30 um mehr als ein Viertel größer oder kleiner war, und zwar hier ohne Rücksicht darauf, wann der Jahresbetrag der Vorauszahlung anderweitig festgesetzt war, ob also gleichzeitig mit dem Steuerbescheid oder erst später. Derartige Fälle kommen besonders bei Neugründungen von Betrieben und Betriebsaufgabe in Frage.

Über den wie vorstehend errechneten Abgeltungsbetrag erhalten diejenigen Steuerpflichtigen, die wegen noch anderwei-

Sie Hindenburg

Eine Rede des Reichsministers Treviranus

Reichswehrminister Treviranus hielt in Lüneburg vor einer Versammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei und dem Hindenburg-Ausschuß einen Vortrag, in dem er u. a. sagte:

An manchen Wänden im Deutschen Reich haben noch Plakate mit der Aufschrift: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten.“ Dieses Plakat habe vor wenigen Jahren die Deutschnationale Volkspartei angeschlagen. Sie sahen es heute wohl gerne, wenn Sturm und Regen noch seine letzten Reste beseitigten. Die Deutschnationalen und ihre intim befreundeten Feinde, die Nationalsozialisten, sind es, die gegen die Machtanwendung durch den Reichspräsidenten zu Felde ziehen: Gegen die Notverordnungen, für Parlamentsherrschaft!

Dazu ist ein offenes Wort nötig: Niemand hält die Notverordnungen für angenehm. Reichspräsident von Hindenburg hat selbst in diesen Tagen dem General von Lettow-Vorbeck in erster Sorge erklärt, daß die Notverordnungen nicht dauernde Gesetze werden dürfen, sondern nur Befehle für die Zeit vorübergehender Not sein können. Als solche müssen sie verstanden werden. Wer glaubt, daß ohne diese Notverordnungen Deutschland über die Krise des vergangenen Jahres hätte gerettet werden können, der verkennt von Grund auf die deutsche Lage. Es ist Hindenburgs ungeheures nationales Verdienst, daß er den Reichstanzler Brüning mit dem Auftrage ernannte, eine rücksichtslose Bilanz der deutschen Lage aufzumachen. Das war die alte Forderung der nationalen Opposition. Wer heute die Aufhebung der Notverordnungen verlangt, der fordert eine neue Politik der Selbsttäuschung, der Illusionen, der Bilanzverfälscherung. Der verlangt den Staatsbankrott.

Offen und klar muß festgestellt werden: Wer Hindenburg und seinem Kanzler die Schuld für die wirtschaftlich-politische Lage zuschiebt, die die Notverordnungen notwendig gemacht hat, der belügt bewußt das Volk. Das wird unter vier Augen von rabiaten Propheten zugestanden.

Es ist eine Verfälschung des Sinnes der Wahl des Staatspräsidenten, wenn man mit niedriger Parteimagasie dem Volke diese Wahl nach seinem besten und innersten Empfinden unmöglich machen will.

Der Appell „Treue und Ehrer“ hat in der niedersächsischen Landschaft noch niemals taube Ohren gefunden. Er wird auch durch die Bewirrung und Verzweiflung dieser Tage alle bodenständigen Niedersachsen für Hindenburg eintreten lassen.

Letzte Nachrichten

Ausführungsbestimmungen zum Weingesez

Vor dem Reichsrat

BRN. Berlin, 5. März. (Priv.-Tel.) Seit Jahresfrist liegen dem Reichsrat Ausführungsbestimmungen zum Weingesez vor, aus denen bisher nur wenige Vorschriften fertig beraten und in einer besonderen Verordnung in Kraft gesetzt worden sind. Die Beratung des Restes der Vorlage hat sich dadurch verzögert, daß die Vertreter der Reichsregierung, die für den Entwurf verantwortlich sind, zuletzt monatelang durch die Handelsvertragsverhandlungen mit Italien in Rom festgehalten worden sind. Nachdem die deutsche Delegation jetzt aus Rom zurückgekehrt ist, werden die Ausschussverhandlungen des Reichsrats über die Ausführungsbestimmungen zum Weingesez voraussichtlich schon am nächsten Mittwoch beginnen. Am 17. März soll die Vorlage in einer Vollsitzung des Reichsrats verabschiedet werden.

Der Fall Buttler

BRN. Darmstadt, 5. März. (Priv.-Tel.) Die Affäre des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Josef Buttler, der Mitte Februar auf der Wodaubridge bei Oberstadt mit einer Schußverletzung aufgefunden wurde, ist noch immer nicht völlig geklärt. Die näheren von Prof. Dr. Popp geführten Untersuchungen ließen keinen Zweifel, daß es sich um einen Nahschuß handelte, und es ist heute als sicher anzunehmen, daß Buttler sich aus irgendeinem Grunde den Schuß selbst beigebracht hat. Es wurde auch keine Erklärung unterzucht und der Befund einer Nocturne hat, mit der bisher gegeben, daß Buttler hierin die Waffe getragen hat, mit der der Schuß abgefeuert wurde. Welches Motiv Buttler zu der merkwürdigen Tat gehabt haben kann, ist nicht geklärt, aber man nimmt an, daß er die Absicht hatte, sich zu verletzen, um als Märtyrer zu erscheinen.

tigen Einkommens zur Einkommensteuer beanlagt werden, entsprechende Mitteilung in dem Einkommensteuerbescheid, den sie demnächst erhalten. Allen übrigen Steuerpflichtigen, insbesondere denjenigen, die infolge Abgeltung der Einkommensteuer überhaupt nicht beanlagt werden, wird der Abgeltungsbetrag nur mitgeteilt, wenn er von der Summe der geleisteten Vorauszahlungen abweicht. Eventuell sind die bisher nicht geleisteten Vorauszahlungsbeträge bis zur Höhe des Abgeltungsbetrages nachzuführen. In solchen Fällen werden die Finanzämter besonders nachfordern. Gegen diese Nachforderung ist nur das Rechtsmittel der Verwaltungsklage, nicht also der ordentliche Rechtsmittelweg mittels Einspruchs, Berufung und Rechtsbeschwerde, gegeben.

Eine Herabsetzung des Abgeltungsbetrages kann im übrigen verlangt werden, wenn die Einkommensteuervorauszahlungen für 1930/31 in der Annahme eines entsprechenden Einkom-

* Zur politischen Lage

Reichspräsidentenwahl

Nur noch eine Woche trennt uns von dem Tage, an welchem das deutsche Volk an der Wahlurne zu bestimmen haben wird, ob es ein Reichsoberhaupt haben will, das uns eine ruhige und stetige Entwicklung garantiert, oder ob es seine Geschicke einer Partei anvertrauen will, die bisher in der Propaganda und im Bekämpfen sehr Großes, aber in eigentlicher positiver Arbeit noch recht wenig geleistet hat. Wir zweifeln nicht daran, daß die Mehrheit unseres Volkes wissen wird, wie sie in dieser Lage zu stimmen hat. Nicht Illusionen können uns helfen, sondern nur der Wille zu einer vernünftigen Politik, die in diesen Zeiten größter Wirrnisse und schwerster Probleme behutjam operiert und immer wieder die Festigkeit der Fundamente prüft, bevor sie ein Stockwerk aufs andere setzt.

Wir in Baden brauchen um die Stimmung unserer Bevölkerung wohl nicht bange zu sein. Entfallen doch von den rund 3 630 000 Deutschen, die sich kürzlich in die Hindenburg-Listen eintrugen, allein 212 000 auf Baden. Während also im Reichsdurchschnitt erst etwa jeder 18. sich für Hindenburg einzeichnete, war es in Baden etwa jeder 12. Jedenfalls marschiert unser badisches Land bei dieser Listeneinzeichnung an der Spitze. Es will gewiß etwas besagen, wenn z. B. in einer Stadt, in Mannheim, allein 42 000 Mitbürger und Mitbürgerinnen sich offen zu Hindenburg bekennen!

Selbstverständlich kann das Ergebnis dieser Listen-eintragung nur als Stimmungsfaktor bewertet werden. Die Endziffer selbst sagt über das, was wir am 13. März bei der Wahl zu erwarten haben, nichts aus. Denn Hindenburg müßte — je nach der Wahlbeteiligung — ja 18 bis 20 Millionen Stimmen erhalten, um im ersten Wahlgang gewählt zu werden. Ziemlich allgemein wird damit gerechnet, daß sich diese Ziffer sehr wohl wird erreichen lassen. Und ebenso ist zu hoffen, daß die badische Bevölkerung auch am 13. März wieder mit ihrem Anteil an den für Hindenburg abgegebenen Stimmen an der Spitze stehen wird.

Der ostasiatische Konflikt

Die Öffentlichkeit hat sich daran gewöhnt, von einem „ostasiatischen Konflikt“ zu sprechen. Und doch ist das Ganze, streng genommen, gar kein Konflikt, wie er zwischen zwei gleichstarken Gegnern ausbrechen kann, sondern nichts anderes, als ein ganz brutaler und schnöder Versuch gewalttätiger Landannektierung. Dazu mußte nun der Völkerbund gegründet und der Kellogg-Pakt abgeschlossen werden, dazu mußte man eine Abrüstungskonferenz einberufen, damit etwas derartiges möglich ist!

So schlecht die Position der Chinesen machtpolitisch und militärisch ist, so glänzend ist sie in moralischer Beziehung. Es fragt sich nur, ob ihnen das etwas helfen wird. Zumerhin sind ihre Anklagen gegen Japan nicht zu widerlegen. Und bisher hat sich im Völkerbund auch noch kein einziger Redner gefunden, der das japanische Vorgehen auch nur indirekt verteidigt hätte.

Das Kolliste, was sich Japan neuerdings geleistet hat, ist die Erklärung, daß es eine Erörterung der mandchurischen Frage im Völkerbundsrat von vornherein ablehnen müsse, da sich diese Frage überhaupt der Jurisdiktion des Völkerbunds entziehe. Das heißt also: Japan betrachtet die Mandchurei bereits als rein japanisches Interessengebiet und bezeichnet alles, was dort geschieht, als eine innere Angelegenheit des japanischen Staates, als eine innere Angelegenheit, die den Völkerbund gar nichts angehe. Das ist zu den bisherigen Provokationen des Völkerbunds die neueste, übrigens vertreten die Chi-

mensrückganges gefunden waren und die Einziehung des gestundeten Betrages zu Härten führen würde: In diesem Falle ist Herabsetzung des Abgeltungsbetrages entsprechend dem gestundeten Betrag, höchstens aber bis zur Hälfte des Jahresbetrages der Vorauszahlungen, zulässig. Ferner kommt eine Herabsetzung in Frage, wenn die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse beeinträchtigt ist, insbesondere bei buchführenden Landwirten im Falle eines Verlustausweises.

Außer Zusammenhang mit den vorstehenden Bestimmungen sehen die neuen Durchführungsbestimmungen noch einen Härteausgleich bei land- und forstwirtschaftlichen Reineinkünften über 6000 M vor, wenn die Vorauszahlungen hierauf bereits gestundet waren. Hier kann das Finanzamt von der Einziehung des gestundeten Betrages ganz oder teilweise absehen, wenn in der Einziehung eine Härte liegen würde. A.

nese ihren Rechtsstandpunkt, daß die Mandchurei ihnen gehört, und sie verlangen deshalb auch den Rückzug der Japaner aus Schanghai und der Mandchurei.

Bewunderungswürdig ist und bleibt die Art und Weise, wie China sich weiterhin zur Wehr setzt. Die japanischen Waffenstillstandsbestimmungen hat die chinesische Regierung abgelehnt mit dem Bemerkten, daß es sich hier nicht um diskutablen Bedingungen handle, sondern um ein brutales Diktat, wie es nur der Sieger dem endgültig Besiegten auferlegen könne. Wir haben bereits vorgestern an dieser Stelle betont, daß die Regierung in Tokio von vornherein mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet hat, daß eine unmittelbare, friedliche Einigung zwischen China und Japan doch nicht zustande kommt. In der Zwischenzeit wird Japan seine Machtposition auf dem asiatischen Festland immer mehr ausbauen und im übrigen den Völkerbund weiter hinhalten. Es besagt nichts Gutes für die Zukunft, wenn man liest, daß nun der ostasiatische Konflikt einem besonderen Ausschuss der Völkerbundsversammlung überwiesen worden ist. Die Völkerbundsversammlung hat nun gestern die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten verlangt.

Darüber besteht kein Zweifel mehr, daß der Völkerbund bei dieser ganzen Affäre um sein eigenes Ansehen, um seine eigene Existenz spielt. Das Vorgehen Japans hatte in beinahe schulmäßiger Form alle die Vorbedingungen geschaffen, die notwendig waren, um nach den Satzungen ein Eingreifen des Völkerbunds herbeizuführen. Das Rhodus war da, und der Völkerbund hätte nur zu springen brauchen. Er ist bisher nicht gesprungen. Er hat sich statt dessen mit verlegenen Gestikulationen begnügt.

Und die Großmächte? Es schien vor einigen Tagen so, als ob sich zum mindesten Rußland und Nordamerika — sonst in allen Punkten erklärte Gegner — die japanische Expansionspolitik auf dem asiatischen Festland nicht gefallen lassen würden. Und das letzte Wort ist sicherlich auch noch nicht gesprochen. Die japanische Politik bewegt sich auch heute noch dicht am Rande eines Strudels, der „Krieg“ heißt. Denn Krieg kann man das, was sich bis jetzt in der Mandchurei und um Schanghai abgespielt hat, kaum nennen. Es ist der Widerstand, den ein halb wehrloses China an einem ganz bestimmten Punkt einem übermächtigen Eindringling entgegensetzt. Dagegen wäre ein Krieg zwischen Japan und Rußland oder zwischen Japan und Nordamerika etwas ganz anderes. Es würden dann Großmächte mit der ihnen Rang entsprechenden Rüstung gegeneinander antreten. Ein Unglück, das hoffentlich der Welt erspart bleibt!

Aber das ist es ja gerade, womit die japanische Politik rechnet. In Tokio weiß man, wie ungern die Großmächte zum Schwerte greifen würden; mit Ausnahme vielleicht Frankreichs, das aber in dem ganzen Konflikt eher eine japanfreundliche Haltung einnimmt. Im Vertrauen auf die friedliebende Gesinnung des größten Teils der übrigen Welt vollführt Japan seinen Raubzug. Und es wird dabei solange fortfahren, bis ihm die bewaffnete Faust irgendeiner Großmacht entgegengetreut wird. Vielleicht weicht Tokio dann zurück, vielleicht auch nicht.

Die Deutsche Volkspartei

Die letzten Abstimmungen im Reichstag haben bekanntlich dazu geführt, daß zwei Mitglieder der Fraktion, die Abgeordneten Curtius und von Kardorff, ausgeschlossen wurden. Da die beiden Herren indessen Vertrauensverhältnissen von den Wählern ihrer Wahlkreise erhielten, die Wahlkreise andererseits gar nicht daran denken, der Partei als solcher den Rücken zu kehren, ergibt sich nun der eigentümliche Zustand, das Curtius und v. Kardorff wohl Mitglieder der Deutschen Volkspartei bleiben, aber nicht der Reichstagsfraktion der Partei angehören. Ein solcher Zustand wird wahrscheinlich nicht lange dauern. Man wird sicherlich die nächste, beste Gelegenheit benutzen, um den beiden Abgeordneten den Wiedereintritt in die Fraktion zu ermöglichen.

Ergab sich hier der Konflikt, weil die beiden Abgeordneten weiter nach links tendieren, als es der Wille der Fraktionsmehrheit ist, so ergaben sich in Westfalen und in Berlin innere Parteikonflikte, weil dort die Mitglieder noch weiter nach rechts wollten. Die Spannung wurde in Westfalen und in Berlin schließlich so groß, daß ein Bruchteil der bisherigen Mitglieder austrat und sich den Deutschnationalen anschloß.

Derartige Ereignisse erregen immer ein gewisses Aufsehen. Und doch darf man ihre Bedeutung nicht überschätzen. Der Führer der Partei, der Reichstagsabgeordnete Dr. Dingeldey, scheint recht zu haben, wenn er dieser Tage darauf hinweist, daß die Partei in ihrem Gefüge durchaus nicht erschüttert sei. Die Frage ist nur die, wie stark die Partei heute überhaupt noch ist, über einen welchen Prozentsatz der Gesamtwählerschaft sie noch verfügt. Auch hier sind sehr düstere Behauptungen zu hören. Vielleicht entsprechen aber auch sie gar nicht einmal den Tatsachen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstagmorgen: Im Nordwesten Europas zieht eine große atlantische Zyklone heran, von deren Wirkungsbereich uns augenblicklich noch ein quer über Europa liegender Hochdruckrücken trennt. Über England hat jedoch unter aufsteigenden Westwinden bereits milderer Regenwetter eingesetzt. Für unser Gebiet ist morgen noch mit feinen Niederschlägen zu rechnen. — Voraussage: Nach Südwest drehende Winde, trocken und im Norden des Landes Bewölkungszunahme, im Süden noch meist föhnig. Temperaturen langsam steigend, aber noch stellenweise Nachtfrost.

Die Lage in Schanghai

Kommt es zur Rund-Tisch-Konferenz?

Die Völkerbundsversammlung hat am Freitag mit allen Stimmen, einschließlich derjenigen Japans und Chinas, eine Entschlieung angenommen, welche u. a. darauf hinweist, daß die Vorbedingung für einen Zusammenritt der Mächtekonferenz in Schanghai die Einstellung der Feindseligkeiten ist. Der chinesische Vertreter hob vorher ausdrücklich hervor, daß die Bestimmungen der Entschlieung sich nur auf die Waffenstillstandsverhandlungen, nicht auf die spätere Konferenz bezögen.

Nach einer aus Tokio stammenden halbamtlichen Meldung wird die japanische Regierung auf der Rund-Tisch-Konferenz die Forderung nach Zahlung von Entschädigung für die durch die Ereignisse von Schanghai entstandenen Schäden und scharfe Maßnahmen zur Unterdrückung antijapanischer Propaganda verlangen. Der chinesische stellvertretende Minister des Auswärtigen erklärte, die Rund-Tisch-Konferenz werde höchstwahrscheinlich nicht abgehalten werden, solange die japanischen Truppen das von ihnen besetzte Gebiet nicht geräumt haben werden.

Die japanische Truppenverstärkeung von 10 000 Mann ist in Schanghai eingetroffen; dadurch erhöht sich die Zahl der japanischen Streitkräfte auf 55 000 Mann. An der Front herrscht Ruhe.

W.W. Genf, 5. März. (Tel.) Der Hauptauschuss der außerordentlichen Völkerbundsversammlung setzte heute vormittag die Beratungen über den japanisch-chinesischen Konflikt fort. Nachdem der Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt hatte, daß das amerikanische Staatsdepartement die Militärbehörden in Schanghai telegraphisch zur Mitarbeit im Sinne der getriggen Entschlieung der Völkerbundsversammlung aufgefordert hatte, entwickelte sich der übliche Dialog zwischen dem chinesischen und dem japanischen Vertreter über die Zuverlässigkeit der von beiden Seiten verbreiteten Nachrichten. Die Auseinandersetzungen wurden abgedämpft durch das Eingreifen des Präsidenten und des französischen und des englischen Vertreters, die übereinstimmend darauf hinwiesen, daß vor dem Eintreffen authentischer Nachrichten von neutraler Seite die Aussprache in der Versammlung über diesen Gegenstand nutzlos sei.

Ruomintang für Wiederaufnahme der politischen Beziehungen zum Sowjetunion

W.W. Moskau, 5. März. (Tel.) Wie anfangs der Woche aus Peking gemeldet worden ist, hatte der Außenminister der chinesischen Nationalregierung beschlossen, die seit 1929 abgebrochenen Beziehungen zum Sowjetunion wieder aufzunehmen. Nunmehr hat auch die Ruomintang in einer Vollversammlung die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion beschlossen.

Tardieu's Donau-Plan

Es geht nicht ohne Deutschland

W.W. Wien, 5. März. In einer Besprechung der Mitteilungen Tardieu's und der Erklärung des deutschen Botschafters Dr. Rieth schreibt die „Reichspost“, es sei falsch und irreführend, wenn man in der Antwort Deutschlands einen Gegensatz gegen Tardieu sehe.

Österreichs Bundeskanzler habe einen Appell an alle gerichtet und gegenüber allen Staaten sich zu Verhandlungen über die Erweiterung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit bereit erklärt. Österreich sei auch nicht in der Lage, etwas anderes vorzuschlagen; es könne weder Deutschland, das als größter Importeur und Exporteur gegenüber Österreich auf trete, noch die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, mit denen ein umfangreicher Warenverkehr bestehe, in einer künftigen besseren Ordnung der Wirtschaftsbeziehungen miffen. Es sei zu hoffen, daß nach Stellungnahme Italiens und Englands eine Neutralisierung des Problems eintritt und die Auseinandersetzungen in das richtige Gleis fohmt.

Einzigiger Generalstreik in Polen geplant

W.W. Warschau, 5. März. (Tel.) Für den 16. März ist in ganz Polen ein einziger Generalstreik geplant, um gegen die Einschränkung der sozialen Versicherungsgefeße, die Verschlechterung des Rentenrechts für staatliche Angestellte und Eisenbahner, endlich die Herabsetzungen der Löhne bei der Grubenarbeiterschaft zu protestieren.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing heute, Samstag, den Führer der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz in Genf, Vizekanzler Radolny, zur Berichterstattung über die bisherigen Verhandlungen der Konferenz.

Über die Herausgabe des Bierpennigstüdes wird von der Reichsbank mitgeteilt, daß die Münze bisher erst für 30 000 Reichsmark Bierpennigstücke geprägt hat. Da diese Anzahl aber noch nicht ausreicht, um die Bierpennigstücke in Umlauf zu setzen, kann die Ausgabe der Bierpennigstücke erst erfolgen, wenn noch eine erheblich größere Anzahl geprägt sein wird.

Um die Memeler Regierung. Der von litauischen Gouverneur ernannte Präsident des Memel-Direktoriums, Simmat, hat drei litauisch orientierte Vertreter mit der einstweiligen Führung der Geschäfte des Direktoriums beauftragt. Er ist jedoch an die Führer der Wehrheitsparteien mit dem Antrag herantreten, weitere Verhandlungen über die Bildung eines Direktoriums zu führen.

Der norwegische Ministerpräsident t. In Oslo ist heute, Samstag, Ministerpräsident Raftab nach längerer Krankheit gestorben. Er war seit dem 11. Mai 1931 im Amt, in das er aus dem Posten eines Präsidenten des Adelstings berufen worden war. Seit dem 6. Februar d. J. lag er im Krankenhause.

Kleine Chronik

Das große Los, das am Freitag in der Kreuz. Südb. Klassenlotterie gezogen worden ist, ist in einer Abteilung nach Oberhiesleben gefallen. Die Gewinner sind sämtlich Arbeiter und Angestellte aus Deutchen und Umgegend. Einer der Gewinner mußte kürzlich sein Los abgeben, weil er abgedaut worden war und den Betrag für die Erneuerung nicht mehr aufbringen konnte.

Bei der Auflösung eines kommunistischen Demonstrationssuges in Charlottenburg wurden 51 Kommunisten verhaftet.

Von sechs jungen Leuten, die im Treibhaus einer Gärtnerei in Hasle (Dänemark) eine so schwere Kohlenoxydgasvergiftung erlitten, daß drei auf dem Transport zum Krankenhaus starben, sind auch die letzten drei der Vergiftung erlegen.

Der türkische Konsul in Marseille wurde von einem Bürodiener des Konsulats erschossen, der dann Selbstmord beging.

Badischer Teil

„Ein Franzose — badischer Minister“

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Minister des Innern hat dem „Führer“ und dem „Mannan“ die nachstehende amtliche Entgegnung zugehen lassen, die in der nächsten Nummer an gleicher Stelle und in gleicher Aufmachung und Schrift zum Abdruck gebracht werden muß:

„Ein Franzose — badischer Minister?“

Zu dem unter dieser Überschrift im „Führer“, Folge 63 vom 4. März 1932, und in seinem Kopfbild des „Mannan“ vom gleichen Datum veröffentlichten Artikel wird amtlich mitgeteilt:

Nach § 1 der Anlage hinter Artikel 79 des Versailler Friedensvertrags haben die Personen, die durch den französisch-deutschen Friedensvertrag von 1871 die französische Staatsangehörigkeit verloren und seither keine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, rückwirkend auf 11. November 1918 die französische Staatsangehörigkeit wieder erlangt; das gleiche gilt von den Nachkommen dieser Personen.

Bei den nahen Beziehungen zwischen Baden und dem Elsaß ist es begreiflich, daß in Baden zahlreiche Personen leben, auf die diese Bestimmungen zutreffen. Diesen Personen bleibt nur übrig, nachträglich ihre Wiedereinbürgerung in Deutschland herbeizuführen. Diese Wiedereinbürgerung wird außerordentlich erleichtert, insbesondere findet die sonst übliche Länderanerkennung nicht statt; denn moralisch betrachtet Deutschland diese Personen selbstverständlich ohne weiteres als Deutsche; es ist nur durch den Versailler Vertrag zunächst gezwungen, sie formell als Franzosen zu betrachten.

Zu den Personen, die hiernach infolge ihrer alt-elässischen Abstammung kraft Friedensvertrag Franzosen geworden sind, gehörte auch der Abgeordnete Markloff. Unzählige haben nicht gewußt, daß sie formalen Rechts Franzosen und nicht deutsche Staatsangehörige sind. Abgesehen hat der Abgeordnete Markloff im Jahre 1904 die badische Staatsangehörigkeit erworben und besaß diese zweifellos auch noch, als er badischer Minister war, denn damals war der von den beiden nationalsozialistischen Blättern in diesem Fall zu Unrecht angegriffene Friedensvertrag noch nicht in Kraft getreten.

Inzwischen hat Markloff sich nochmals die deutsche Staatsangehörigkeit erworben, so daß alle Bedenken unserer „Übernationalen“ beseitigt sein dürften.

Der Vorgang, den die nationalsozialistische Presse ganz geandlos zu einer Haupt- und Staatsaktion aufbauscht, ist ein ganz gewöhnlicher. Fast täglich mehrmals werden Alt-Elsaß-Lothringer in dieser Weise über ihre Staatsangehörigkeitsverhältnisse aufgeklärt und eingebürgert. Darüber ist auch der Abgeordnete Kraft vom Innenministerium auf Anfrage eingehend aufgeklärt worden und es wurde ihm die Sachlage im Fall Markloff genau dargelegt.

Um so verlagenswerter und verwerflicher ist es, daß sich sonst so international gebärende Blätter, wie „Führer“ und „Mannan“, sich auf den Versailler Friedensvertrag berufen, um einen politisch anders Beminten in der Öffentlichkeit zu verächtigen und sich damit als Volltrecker des französischen Willens aufspielen.

Kollgebfenkung

Wichtige Neuerung bei der Reichsbahn

Wie aus dem Inzeratenteil ersichtlich ist, hat die Reichsbahn auf 1. März eine für weite Kreise der Bevölkerung wichtige Neuerung eingeführt. Der bahnamtliche Kollfuhrdienst, der bisher nur die Abfuhr der Stückgüter umfaßte, wird auf die Abfuhr der Stückgüter und auf die An- und Abfuhr der hochwertigen Wagenladungen erweitert. Die Kollgelber sind ab 1. März erheblich verbilligt.

Für den gesamten Reichsbahnbereich ist für die Ab- und Anfuhr von Eis- und Frachtgut (Stückgüter und Wagenladungen) ein einheitlicher Gebührentarif mit Höchstfähigen aufgestellt. Dieser gilt für die teuersten Orte. Auch in den größten Städten mit teureren Lebensverhältnissen werden z. B. für Eis- und Frachtgut aufsendungen im Gewicht bis 50 Kilogramm nur 30 Pf. und im Gewicht bis 100 Kilogramm nur 50 Pf. Kollgelber erhoben, während sich diese seither oft auf das Mehrfache belief. Für die weitaus überwiegende Mehrzahl der übrigen Orte liegen die Gebühren — abgefaßt nach den Lebenshaltungskosten der einzelnen Orte — unter den Sätzen des Einheits tariffs.

Auch Orte, die außerhalb des gewöhnlichen Bestellbezirks von Reichsbahnstationen abwärts derselben liegen, werden im sogenannten Überlandkollfuhrdienst von den bahnamtlichen Kollfuhrunternehmern zu mäßigen, nur unerheblich über den Sätzen des örtlichen Kollfuhrdienstes liegenden Gebühren bedient.

Zwischen Eis- und Frachtgut besteht jetzt kein Unterschied mehr, für beide Güterarten werden die gleichen Gebühren erhoben.

In größeren Orten waren die Kollgelber bisher nach Entfernungen gestaffelt; künftig werden auch die Sendungen nach und von den weit von der Güterabfertigung abgelegenen Bauhöfen oder Geschäftsstellen zu den gleichen Gebühren zu bzw. abgefahren wie nach und von den nahegelegenen.

Die Abtraggebühren sind abgeschafft. Für Verbringen der Güter in andere als Erdgeschosse oder in Kellerräume werden zu den in den Frachttarifen eingetragenen Kollgebühren keine Zuschläge mehr gemacht. Das Personal der bahnamtlichen Kollfuhrunternehmer darf von sich aus solche zusätzliche Gebühren nicht mehr fordern.

Die Reichsbahnverwaltung hofft, mit dieser Neuerung zu den Bestrebungen in der Richtung der allgemeinen Preisfenkung merklich beigetragen zu haben.

Badische Historische Kommission

Unter dem Vorsitz des Vorstandes, Prof. Dr. Andreas aus Heidelberg, trat heute, Samstag vormittag, im General-Landesarchiv zu Karlsruhe die 44. Plenarversammlung der Badischen historischen Kommission zusammen. An der Sitzung nahmen teil 14 ordentliche und 2 außerordentliche Mitglieder, sowie als Regierungsvertreter Oberregierungsrat Dr. Mal.

Aus der Landeshauptstadt

Ein Hindenburg-Ausschuss in Karlsruhe

Auch in Karlsruhe hat sich ein Hindenburg-Ausschuss gebildet, der einen Aufruf für Hindenburg mit den Worten des Reichspräsidenten enthält: „Ich bin der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes, nicht der Beauftragte einer Partei oder Parteigruppe und will nur meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein.“ Der Aufruf fährt dann fort: „So sprach Hindenburg bei der Annahme der Kandidatur. Deutsche besennt Euch am 13. März zu Hindenburg! Er ist das Symbol der Einigkeit und Stärke!“

Der Hindenburg-Ausschuss für die Stadt Karlsruhe setzt sich folgendermaßen zusammen: Malermeister Adolf Adam; Chefredakteur Julius Beefer; Maurermeister Emil Bindshädel; Hauptkassierer Dr. Georg Brigner; Architekt Emil Deines; Syndikus Dr. Peter Dierle; Gewerkschaftssekretär Martin Fehder; Oberbürgermeister Dr. Julius Finter; Stadtrat Dr. Hermann Franz, Direktor der Berufsschule; Professor D. Ernst Frey; Ministerialdirektor Dr. Rudolf Fuchs; Frau Stadträtin Anna Geiger; Geh. Oberforstrat Eugen Greisch, Landesforstmeister i. N.; Professor Dr. Karl Holl, Rektor der Fiederician; Professor Albert Kehler; Schriftleiter Adolf Kimmig; Ministerialrat Dr. Ernst Klob; Verlagsbuchhändler Karl Kalsch; Finanzminister Dr. Wilhelm Kates; Generalmajor Billy Koeniger; Geißl. Rat Dr. h. c. Theodor Koser, Hauptkassierer; Mechanikermeister Karl Pfeifer; Fräulein Luise Krieger, Hauptlehrerin; Verwaltungsinспекtor Albert Schäfer; Staatspräsident Dr. Josef Schmitt; Hauptkassierer Fritz Simon; Architekt Wilhelm Stober; Stadtrat Architekt Robert Wille; Kaufmann Adolf Wilsch.

Es wird um Spenden für den Hindenburg-Wahlfonds gebeten. Annahmestelle: Deutsche Bank und Discontogesellschaft, Filiale Karlsruhe, Postfachkonto Nr. 16.

„Deutsches Holz im deutschen Heim“

So lautet der Name einer höchst lebenswerten Sonderausstellung zeitgemäher Wohnräume aus deutschen Hölzern. Veranstalter sind der Reichsforstwirtschaftsrat und der Deutsche Forstverein, bekannt unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft Holz“ und der Verband zur Förderung Deutscher Wohnkultur e. V. (DeWohn-Verband), dem in 33 der größten deutschen Städten führende Möbelfirmen angehören. Die Ausstellung findet zu gleicher Zeit in allen 33 Städten statt. In Karlsruhe sieht man sie im Möbelhaus Carl August Marx am Marktplatz. Es war bisher eine Wode, eine gedankenlos übernommene Anschaffung in weiten Kreisen, daß ein gutes Möbelstück aus ausländischen Hölzern hergestellt sein müsse. Hier will diese Ausstellung mit Wort, Bild und ausgeführten Zimmern aller Art beweisen, daß deutsches Holz genau so schön aussieht und genau so praktisch verwendbar ist. Und das Wichtigste ist: wenn viele von denen, die neue Möbel brauchen, mehr Möbel aus deutschen Hölzern für ihr Heim anschaffen, helfen sie ein tüchtiges Stück, die große Not der deutschen Forstwirtschaft lindern.

Viele Tausend deutsche Waldarbeiter leben ohne jeglichen Verdienst in größter Armut, viele Hundert einflühen Betriebe liegen still, während für Hundert Millionen Reichsmark fremdes Holz in Deutschland eingeführt wird! Deshalb haben die obengenannten Verbände es sich zur Aufgabe gemacht, eine großzügige Werbung für eine vernünftige und ideale Einführung deutscher Erzeugnisse, — deutschen Holzes durchzuführen. Die besten Künstler wurden beauftragt, neue, formensichere Entwürfe zu schaffen, die leistungsfähigen Fabriken mit der Ausführung betraut. Das Ergebnis vieler, schaffender Hände und denkender Köpfe ist in dieser Vertrauenskundgebung für deutsche Werte vereinigt. In großer Auswahl findet man Zimmer jeder Art aus allen deutschen Holzarten, wie Eiche, Birke, Fichte, Kiefer, Buche, Birnbaum, Platane, Kirschbaum usw. Selbstverständlich ist der Besuch dieser Ausstellung kostenlos und unverbindlich.

Tanzabend Mertens-Leger-Schule

Im Jahresablauf der Zeiten haben sich nicht viele Unternehmungen so konstant erwiesen wie diese Tanzschule, zu deren öffentlichen Veranstaltungen nun schon seit Jahren die Massen in hellen Scharen strömen. Das spricht in der Tat für Olga Mertens-Leger als einer sehr willenskräftigen Praktikerin und erklärt zugleich, warum sich junge Talente gern ihrer Führung anvertrauen. Es mögen augenblicklich fast ein halbes Hundert sein, die da ihre Tanzschritte erlernen. Das ist für ein Privatinstitut immerhin eine ansehnliche Zahl; natürlich sind auch manche darunter, die es wohl nie zu Favoriten bringen werden, aber zu gediegener Balletkunst reicht es so ziemlich bei jeder und jedem der Schüler.

Besonders stark scheint heuer übrigens der Zubrang der Kleinen und Kleinsten. Schläuerweise überließ man ihnen auch bei dem großen Tanzabend im überfüllten Konzerthaus den Anfangsteil, und was da etliche anmutige Persönchen in den vier „Strauwelpeter-Wildern“ zeigten, war mit das Erfolgreichste aus der ganzen, etwas überlangen Vortragsfolge. An der wässrigen Unbefangenheit, mit der u. a. die Mädchen Krüger, Tiefenbrunner und Ritt den Rollen, einen Gassen oder gar den Dammelnstücker mimenten, dürfte sich manch Erwachener ein Beispiel nehmen, nicht minder an den hübschen Tanzentwürfen, die jeweils die genannten hoffnungsvollen Tänzlinge vor gar keine leichten Aufgaben stellten. Erstfahrender Charakter nahm die folgende „Kleine Suite“ an. Es war ein interessanter Versuch in Eurythmie, ohne indessen aus seiner enggestellten Hematit sich zu einem eindrucksvollen Gesamtergebnis zu entwickeln. Mit wohlstudiertem Arrangement der Arm- und Beinbewegungen, auch mit einer übersichtlich gruppierbaren Verteilung des Ensembles im Raum ist's eben nicht getan, das bleibt nur nichtsagenes des Zeremoniell und täuscht eine leere Feierlichkeit vor, wo in Wahrheit theatralisch-dekorative Kunstgewerbetriebe, noch dazu zu unerschütterlicher Manieriertheit gesteigert, am Werk ist. Auch Olga Mertens-Leger selbst sollte sich vor derlei sentimentaler Gestik hüten, nachdem sie doch einen wirklich guten Anfang zu jedem Tanz in dem ihr weit gemäheren „Bolero“ später zeigen kann. Denn niemand springt ungestraft über seinen Schatten, weswegen es auch verständlich ist, daß das große Divertissement, eine Folge fröhlicher und lustiger Einzelnummern, allgemein wieder weit besser gefiel. Was darin u. a. die Damen Verones, Ras, Wolf usw. vorführten, sprach sogar unmittelbar an als die heimlich-russischen „Poloweter Tänze“ aus Borodins Oper „Fürst Igor“, die bei dieser Gelegenheit zur drilichen Erstaufführung kamen. Es war gewiß ein mit Sorgfalt zusammengestelltes, farbenprächtiges Schlussspiel, wirkte jedoch im Grunde weder impulsiv noch intensiv, sondern eher gedreht und allzu gekünstelt. Die musikalische Unterlage des Abends lieferte die babilische Polizeikapelle mit Jos. Weiss an der Spitze, am Flügel löste ihn mitunter Lucie Schöninger ab. Die zum Teil sehr aparten Kostümentwürfe stammten von M. Schellensberg, E. Burhard und J. Wiegand.

Der Vertrieb der Wohlfahrtswertzeichen findet am 31. März seinen Abschluß. Die Gültigkeit der Markenwerte dauert jedoch noch bis zum 31. August d. J. Es sind gewiß noch viele, die durch Abnahme eines Postens der schönen Wohlfahrtswertzeichen mit den Städtebildern einen Beitrag zur Vorkämpfung der Inflation leisten könnten. Gerade über die kommenden Osterfeiertage bietet sich gute Gelegenheit, die Wohlfahrtswertzeichen zu verwenden.

Schwere Schlägerei. In einer Wirtschaft in der Altstadt kam es vergangene Nacht zwischen mehreren Personen von hier zu einem Streit, wobei zunächst mit Biergläsern u. dgl. geworfen wurde. Schließlich zog einer der Beteiligten eine Selbstschutzwaffe und gab einen Schuß auf seinen Gegner ab; dieser, ein lediger, 22 Jahre alter Schneider, erhielt einen Steckschuß in den Hals und mußte in schwer verletztem Zustand ins Städt. Krankenhaus verbracht werden. Drei Personen, darunter eine Frau, der die Waffe gehört, wurden festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert.

Der Zettelanfall. Vergangene Nacht wurden in verschiedenen Straßen der Stadt Zettel mit aufreizendem politischem Inhalt an die Häuser geklebt. Der Polizei gelang es, vier Angehörige der NSDAP. festzunehmen, die noch Reste von diesen Zetteln in der Tasche hatten. Sie wurden zur Aburteilung durch den Schnellrichter ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Kurze Nachrichten aus Baden

Eine Kundgebung der Eisernen Front in Freiburg

Freiburg i. Br., 4. März. In einer von der Kampfleitung der Eisernen Front und vom Reichsbanner in die Festhalle einberufenen Versammlung sprach als Hauptredner Dr. Klotz aus Mannheim: Für die kommende Reichspräsidentenwahl kommen nur zwei ernste Kandidaten in Frage, Hitler und Hindenburg. Nur aus realpolitischen Überlegungen hätten Sozialdemokratie und Zentrum keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Es komme bei der Wahl nur darauf an, ob Dillatort gelten oder die Demokratie erhalten bleiben solle. Da Hitler der Kandidat des Faschismus sei, trete die Sozial-

demokratie für Hindenburg ein. Sollten nach der Niederlage Hitlers die braunen Bataillone einen Fußsich berufen, so werde dieser mit allen Mitteln von der Eisernen Front niedergeschlagen werden. Das erwachte Deutschland sei die Eisernen Front, die so lange wach bleibe, bis der Faschismus zerfallen und ausgerottet sein werde.

D3. Mannheim, 5. März. Ein zahlreiches Trauergesolge gab gestern nachmittag dem verstorbenen Redakteur des W.D., Konrad Steufmehl, auf dem hiesigen Hauptfriedhofe das letzte Geleit. Am offenen Grabe sprachen Dr. Paul Albrecht, Frankfurt a. M., im Namen der Berliner Direktion des W.D., und gleichzeitig im Namen der Zweigstellen, ferner der Vorsitzende der Ortsgruppe Karlsruhe des Hilfsbundes der Elsaß-Lothringer im Reich, Rothmaier, der in bewegten Worten dem dahingegangenen Vorstand- und Ehrenmitglied für seine vorbildliche Tätigkeit dankte. Chefredakteur Dr. Rumpf würdigte im Namen des Landesverbandes Baden der Deutschen Presse das dahingegangene Verbandsmitglied, während Chefredakteur Fischer einen Kranz für die Bezirksgruppe Unterbaden des Landesverbandes niederlegte.

ld. Heidelberg, 4. März. Das Schöffengericht verurteilte die beiden Studenten der Medizin, Hans Georg Burgers aus Greifswald und Robert Schmitz aus München-Gladbach, die in einem hiesigen Verbindungshaus eine leichte Säbelschwur ausgegraben hatten, bei der Schmitz am rechten Arm erheblich verletzt wurde, wegen verbotenen Zweikampfs zu je 4 Monaten 2 Wochen Festung. Der Staatsanwalt betonte, es handle sich hier nicht um eine Schlägermensur, sondern um eine Partie mit schweren Waffen.

D3. Bruchsal, 4. März. Zur Hindenburg-Wahl wurde hier gestern ein überparteilicher Ausschuss gebildet, dessen Vorsitz Herr Oberrealschuldirektor Dr. Münch übertrug worden ist. Die Arbeiten für den 13. März wurden sofort aufgenommen.

OB. Willingen, 5. März. Heute nacht gegen 11 1/2 Uhr brach in dem landwirtschaftlichen Anwesen des Landwirts Josef Fey Feuer aus, das in einem Schopf ausgebrochen war und sich schnell über das ganze Anwesen ausbreitete. Innerhalb kurzer Zeit lag das ganze Anwesen in Schutt und Asche. Es konnten nur wenige Fahrnisse gerettet werden.

Staatsanzeiger

Benachrichtigung.

Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für die landw. Unfallversicherung.

Der für den Bereich der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gebildete Ausschuss zur Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter hat gemäß § 933 RVO. die Jahresverdienste wie folgt festgesetzt:

Das Gebiet des Landes Baden ist in drei Lohngebiete eingeteilt. Es gehören

- zum ersten Lohngebiet: die Stadtbezirke Baden-Baden, Durlach, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Lörrach, Mannheim, Pforzheim, Schwetzingen,

- zum zweiten Lohngebiet: die Stadt bzw. Ortsbezirke:

- a) Badenweiler, Bad. Rheinfelden, Bruchsal, Donaueschingen, Ettlingen, Gaggenau, Kehl, Konstanz, Lahr, Weersburg, Mühlheim, Niederweiler (Amt Mühlheim), Oberweiler, Offenburg, Rastatt, Radolfzell, Rappanau, Säckingen, St. Blasien, St. Georgen, Singen a. O., Triberg, Überlingen, Willingen, Waldshut, Weinheim,
- b) sämtliche Landgemeinden der Versicherungsbezirke Heidelberg, Karlsruhe, Lörrach, Mannheim, Pforzheim,
- c) sämtliche Gemeinden des Versicherungsbezirks Schöpsheim, mit Ausnahme der zum Amtsgerichtsbezirk Schönau und St. Blasien gehörenden Gemeinden,

- zum dritten Lohngebiet: alle übrigen Bezirke bzw. Gemeinden.

Als durchschnittliche Jahresarbeitsverdienste gelten:

A. Für Arbeiter, Gehilfen, Geiellen und Lehrlinge.	I. Lohngebiet.				II. Lohngebiet.				III. Lohngebiet.			
	über 21 Jahren	von 16-21 Jahren	von 14-16 Jahren	unter 14 Jahren	über 21 Jahren	von 16-21 Jahren	von 14-16 Jahren	unter 14 Jahren	über 21 Jahren	von 16-21 Jahren	von 14-16 Jahren	unter 14 Jahren
	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.
I. In der Landwirtschaft beschäftigte:												
a) Obermüller, Schäfer und Schweine- meister, Freimüller, Wagenschreiber und Motorsflugfahrer:												
männlich	1093	874	—	—	945	755	—	—	855	684	—	—
weiblich	729	583	—	—	635	503	—	—	570	456	—	—
b) sonstige landwirtschaftliche Arbeiter:												
männlich	950	760	570	238	826	660	494	206	739	591	444	185
weiblich	634	507	380	158	551	440	327	137	493	394	296	123
II. In der Forstwirtschaft beschäftigte Arbeiter:												
a) Forstwirtschaftliche Arbeiter mit mindestens 150 Arbeitstagen:												
männlich	1162	929	697	—	1109	887	665	—	1056	845	634	—
weiblich	774	620	465	—	739	591	444	—	704	563	422	—
b) sonstige forstwirtschaftliche Arbeiter:												
männlich	950	760	570	238	826	660	494	206	739	591	444	185
weiblich	634	507	380	158	551	440	327	137	493	394	296	123
III. Gewerbliche Arbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben, die bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft versichert sind: Gelehrte Handwerker und gelehrte Gärtner:												
männlich	1320	1056	792	—	1122	898	673	—	990	792	594	—
weiblich	880	704	528	—	748	598	449	—	660	528	396	—
B. Für Versicherte, die nicht als Lohn- arbeiter bei der Berufsgenossenschaft versichert sind:												
a) Betriebsunternehmer	950	760	—	—	826	660	—	—	739	591	—	—
b) Ehefrauen der Betriebsunter- nehmer	634	507	—	—	551	440	—	—	493	394	—	—

Die forstwirtschaftlichen Arbeiter, welche im letzten Jahre vor dem Unfall 200 Arbeitstage im Walde aufzuweisen haben, werden gemäß § 940 Abs. 2 RVO. von der Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes ausgenommen. Für Versicherte, die z. B. des Unfalls über 65 Jahre alt sind, vermindern sich die obigen Sätze um 1/4, für Versicherte, die z. B. des Unfalls über 75 Jahre alt sind, um 1/2 der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für Versicherte über 21 Jahre. Damit ist die Anerkennung einer vor dem Unfall vor-

handenen Erwerbsbeschränkung durch Altersbeschwerden für diese Altersgruppen abgegolten.

Diese Festsetzung wurde gemäß § 933 Abs. 4 Satz 1 RVO. vom Oberversicherungsamt Karlsruhe genehmigt. Sie tritt am 1. Januar 1932 in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die bisherige Festsetzung (Bad. Staatsanzeiger Nr. 3 vom 3. Januar 1930) außer Kraft.

Karlsruhe, den 27. Februar 1932.

Bad. Oberversicherungsamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruhelegungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Die Bezirksarztstelle II in Karlsruhe, dem Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Friedrich Bruch in Durlach.
 Der Bezirksarzt Dr. Karl Craiffant in Karlsruhe nach Pforzheim.
 Zuruhegelegt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Verwaltungsoberinspektor Arthur Lüthy beim Bezirksamt Pforzheim.

Pforzheim und Verwaltungsinспекtor Adolf Reich beim Bezirksamt Karlsruhe.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Reverendrat als Bezirksarzt Wilhelm Hum in Ettlingen.

Entlassen auf Ansuchen:

Revisionsinspektor Karl Wittenmann beim Bezirksamt Buden.

Ministerium der Finanzen

Domänenrat Rudolf Wehler in Offenburg zum Vorstand des Domänenamts Baden-Baden und Domänenrat Arthur Loos in Säckingen zum Vorstand des Domänenamts Bruchsal.
 Übertragen:
 Dem Forstrat Fritz Meudans in Forbach das Forstamt Kenzingen.

WINSCHERMANN G.m. Kohlengroßhandlung Stephanienstraße 94
 b. H. Telefon 815, 816, 817

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	5. März		3. März	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	169.43	169.77	169.73	170.07
Kopenhagen 100 Kr.	81.32	81.48	80.85	81.01
Italien . . . 100 L.	21.80	21.84	21.84	21.88
London . . . 1 Pf.	14.77	14.81	14.66	14.70
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.56	16.60	16.56	16.60
Schweiz . . . 100 Fr.	81.32	81.48	81.42	81.58
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Distont-Ermäßigungen. Gemäß den getroffenen Vereinbarungen hat die Reichsbank am Freitag an die Bank von England, die Bank von Frankreich, die Bank für Internationalen Zahlungsausweis in Basel und die Federal Reserve Bank in New York je 2½ Millionen Dollar bzw. den Gegenwert dieses Betrages in anderen Valuten als erste Teilrückzahlung auf den 100-Millionen-Dollar-Kredit entrichtet. Die noch laufenden 90 Millionen Dollar sind nunmehr wieder um drei Monate, d. h. also bis zum 4. Juni, verlängert. Diese Zahlung wird sich im nächsten Wochenanlauf der Reichsbank in Gestalt eines Devisenabganges von voraussichtlich etwa 40 Millionen Reichsmark auswirken. — Es fragt sich nun, ob daraufhin eine Distontermäßigung möglich ist, zumal die Bank von England entgegen den vielfach gehegten Erwartungen am Donnerstag nicht ihren Distontsatz abermals ermäßigt hat.

Mannheimer Hafenverkehr im Februar

Der Wasserstand des Rheins wie des Neckars hatte im Monat Februar fallende Tendenz und wurde durch eine 12tägige Frostperiode beeinflusst. Der Neckar war in seinem Oberlauf zugefroren und die Neckarschiffahrt in der Zeit vom 11. bis 22. Februar eingestellt. Der Rhein führte ebenfalls einige Tage Treibeis. Ein großer Teil der Fahrzeuge mußte in den inneren Hafenbecken Schutz suchen.

Der Rheinpegel schwankte zwischen 2,33 Meter am 2. und 1,71 Meter am 29. Februar. Der Neckarpegel zeigte an denselben Tagen 2,40 bzw. 1,72 Meter. Der anhaltend rückgängige Wasserstand bedingte einen lebhaften Leichterverkehr; dagegen ließ das schlechte Frachtgeschäft trotz der gegenüber

dem Vormonat etwas erhöhten Zufuhr die Schiffahrt nicht recht in Gang kommen.

Stillgelegt waren Ende Februar noch 92 Fahrzeuge mit einem Raumgehalt von 86 748 Tonnen. Der Gesamtumschlag betrug 347 550 Tonnen (i. B. 317 874 Tonnen), gegenüber dem Vormonat mehr 29 325 Tonnen.

Rheinverkehr

Ankunft 233 Güterboote und 887 Schleppflöße mit 298 420 t Abgang 236 Güterboote und 889 Schleppflöße mit 42 358 t

Neckarverkehr

Ankunft 4 Güterboote und 55 Schleppflöße mit 7 571 t Abgang 4 Güterboote und 68 Schleppflöße mit 4 201 t Auf den Handelsplätzen entfallen: Ankunft 156 130 t, Abgang 37 098 t;

auf den Industrieplätzen entfallen: Ankunft 53 440 t, Abgang 6 288 t;

auf den Rheinaufplätzen entfallen: Ankunft 91 421 t, Abgang 8 173 t.

Der in obigen Zahlen enthaltene Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff betrug auf dem Rhein 30 081 t, auf dem Neckar 11 594 t.

Auf dem Neckar sind 13 direkte Schleppzüge abgegangen. An Güterwagen wurden während des Berichtsmontats gestellt:

im Handelshafen	10 630 10-t-Wagen
im Industriehafen	7 166 10-t-Wagen
im Rheinaufhafen	9 414 10-t-Wagen

Friedr. Krupp AG. Im Geschäftsjahr 1930/31 ergibt sich ein Verlust von 10 884 188,32 (4 450 656,12) M. Durch den Verlustvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 2 531 544,25 M. erhöht sich der Gesamtverlust auf 13 415 732,57 M. Zur teilweisen Deckung wird die Verwendung der Rücklage für Werkserhaltung mit 9 Mill. Reichsmark beantragt. Der Restbetrag in Höhe von 4 415 732,57 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Bilanzsumme beträgt 454 817 445,93 (i. B. 461 532 571,65) M. In den allgemeinen Ausführungen des Geschäftsberichtes wird die Ansicht vertreten, daß ein Wiederanstieg des Wirtschaftslebens in der ganzen Welt nur zu erhoffen sei, wenn die endgültige Streichung der Kriegslasten eine befriedigende geistige Einstellung bei allen beteiligten Völkern erkennen lasse und dadurch die Wiederherstellung des Vertrauens ermöglicht werde. Aber die einzelnen Geschäftszweige wird u. a. mitgeteilt, daß sich die Lage der Kohlenzweige von Monat zu Monat weiter verschlechtert habe. Als Mittenglieder seien die Bergbaubetriebe des Konzerns infolge der Krise der Eisenindustrie härter betroffen als die reinen Bechen. Die Produktion der Gesellschaft an Roheisen ging

auf 933 772 (1 307 211) Tonnen, an Roßtafel auf 1 111 889 (1 366 135) Tonnen, an Walzwerkzeugnissen auf 815 982 (1 032 417) Tonnen zurück. Im neuen Geschäftsjahre habe sich der Niedergang der Wirtschaft in verschärfter Weise fortgesetzt. Die Zahl der Betriebsangehörigen ist im verfloßenen Geschäftsjahr weiter erheblich zurückgegangen; sie belief sich einschließlich der Tochterunternehmen Ende September 1931 auf insgesamt 44 107 (i. B. 57 451), bei den angeschlossenen Werken und Handelsfirmen auf 12 760 (17 700); im neuen Jahr wurde die Belegschaftsiffer durch weitere 4600 Mann gesenkt, die der angeschlossenen Unternehmen um 1500.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 8. bis 13. März 1932

Im Landestheater:

Dienstag, 8. März. * Geschlossene Sondervorstellung für die Volksbühne: **Im weißen Röhl.** Singpiel von Ralph Benachy. 20 bis 23.

Mittwoch, 9. März. Nachmittags: Geschlossene Sondervorstellung für auswärtige Schüler: **Prinz Friedrich von Homburg.** Von Kleist. 15 bis 17.15. Abends: * A 21 (Mittwochnacht) Th.-Gem. 1401 bis 1500. **Der Freischütz.** Von C. M. von Weber. 19.30 bis 22.20 (5,70).

Donnerstag, 10. März. Volksbühne: Märzvorstellung. **Othello.** Von Verdi. 20 bis gegen 23 (5,70). Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Freitag, 11. März. Nachmittags: 1. Geschlossene Vorstellung für Erwerbslose: **Rina.** Komödie von Frank. 15 bis 17. (Kein Kartenverkauf). Abends: * F 22 (Freitagnacht) Th.-Gem. II. S.-Gr. **Wallensteins Tod.** Von Schiller. 20 bis 23 (4,20).

Samstag, 12. März. Nachmittags: 2. Geschlossene Vorstellung für Erwerbslose: **Rina.** Komödie von Frank. 15 bis 17. (Kein Kartenverkauf). Abends: * G 20. Th.-Gem. III. S.-Gr. 2. Hälfte und 1201 bis 1300. **Wallensteins Lager — Die Piccolomini.** Von Schiller. 20 bis 22.45 (4,20).

Sonntag, 13. März. Nachmittags: Th.-Gem. 1301 bis 1400. Zu kleinen Preisen: **Im weißen Röhl.** Singpiel von Ralph Benachy. 15 bis 18 (4,20). Abends: * C 19. Th.-Gem. 201 bis 300. **Fidelio.** Von Beethoven. 20 bis 22.30 (6,30).

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 13. März. * **Zur goldenen Liebe.** Operette von Ralph Benachy. 19.30 bis nach 22 (2,60).



Deutsches Holz im Deutschen Heim

Eine Sonderausstellung

wahlvoller Möbel aus deutschen Edelhölzern

Zur Linderung deutscher Not
Zur Hebung deutscher Forstwirtschaft
Zur Schaffung deutscher Möbel

VERANSTALTET VON DEM
VERBAND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER WOHNKULTUR
UNTER MITWIRKUNG DER
ARBEITSGEMEINSCHAFT HOLZ
(REICHSFORSTWIRTSCHAFTSRAAT UND DEUTSCHER FORSTVEREIN)

MÖBEL HAUS CARL AUG. MARX
MARKTPLATZ KARLSRUHE IN BADEN

Reichsbahn billiger!

Gebühren für An- und Abfuhr

von Eil- und Frachtgut für das ganze Reichsbahngebiet einheitlich

ab 1. März bedeutend gesenkt!

Rollgebühren für Eilgut und Frachtgut gleich nieder.
Einheitssatz für den ganzen örtlichen Bestellbezirk.
Keine Zuschläge mehr für Abtragen der Güter in Obergeschosse oder Kellerräume.

Nähere Auskunft bereitwilligst durch Fernsprecher, schriftlich oder mündlich bei den Güterabfertigungen.

Formulare

und sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

G. Braun GmbH.
vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14, Tel. 952/54



Badisches Landestheater

Sonntag, den 6. März 1932

Nachmittags:
9. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Der Rosenkavalier

Von Richard Strauß
Dirigent: Krips
Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:
Blant, Fanz, Fischbach, Haberkorn, Seiberlich, Winter, Burt, Hellmuth, Motzmann, Rinkler, Widmann, Tubach, J. Gröbinger, Kalnbach, Kiefer, Löfer, Rentwig, Cerner, Schuster, Arras, Dofe, G. Gröbinger, Kleinub, Lindemann, Meyer, Nagel, Blachinsky, Luger, Rivinius, Schäfer, Schmitt

Anfang 15 Ende geg. 18½
Preise 0,50—3,50 RM

Abends:
* G 19. Th.-Gem. 801—900 und 1501—1550

Das Herz

Drama für Lust
von Hans Pfitzner
Dirigent: Krips
Regie: Pruscha

Mitwirkende:
Blant, Haberkorn, Winter, Hellmuth, Motzmann, Rivinius, Sonntag, J. Gröbinger, Kospach, Kalnbach, Kiefer, Löfer, Schoepflin, Strauß, G. Gröbinger, Meyer

Anfang 20 Ende nach 22½
Preise E (1—6,30) RM

Montag, den 7. März 1932

Geschlossene Sondervorstellung für die Volksbühne

Im weißen Röhl

Singpiel von Benachy
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Herz

Mitwirkende:
Blant, Cerner, Seiberlich, Seiling, Müllig, Brand, Ernst, Gemmede, J. Gröbinger, Höder, Kospach, Kalnbach, Kloebe, Luther, Mehner, P. Müller, Prütter, Sölger, G. Gröbinger.



Städt. Konzerthaus

Sonntag, den 6. März 1932

Zum erstenmal

Zur goldenen Liebe

Operette von Benachy
Dirigent: Stern
Regie: Herz

Mitwirkende:
Cerner, Fanz, Seiberlich, Seiling, Krip, Höder, D., Brand, Kloebe, Kiencher, Luther, Löfer, P. Müller, Mehner, Prütter, Schulze, v. d. Trend, H. Müller, Seibert

Anfang 19½, Ende nach 22
I. Parfett 2,60 RM

Nur kurze Zeit

Stoffe

Mein Räumungs-Verkauf bietet Ihnen wirklich große Vorteile. Benutzen Sie bitte diese Gelegenheit!

Frühjahrsneuheiten

sind in großer Menge eingetroffen

Herrenanzugstoffe

grau, die große Mode L.742

WILH. BRAUNAGEL

Herrenstraße 7

Bürgermeisters

der Stadt Furtwangen ist alsbald zu bezeichnen. Bewerber, nicht unter 30 Jahre alt, mit praktischer Erfahrung im Staats- oder Gemeindeverwaltungsdienst, wollen ihre Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche bis spätestens 19. März 1932 an den Gemeinderat einreichen. L.739

Der Gemeinderat Furtwangen.

B.792. Karlsruhe. Über das Vermögen des Fritz Kieffer, Inhaber einer Möbelschreinerei in Hagsfeld, wurde heute nachmittags 5½ Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: Bücherrevisor August Geh in Karlsruhe, Waldstr. 41. Vergleichstermin ist am Dienstag, den 29. März 1932, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, I. Stock, Zimmer Nr. 40. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen, sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, 2. März 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Trunksucht

vollkommene Entwöhnung

Nichtraucher

in wenigen Tagen mit und ohne Wissen. L.738

Aufklärung durch: **Karl-Apothek, Karlsruhe**

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Druck G. Braun, Karlsruhe